

Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Vermessung, Kulturtechnik und Photogrammetrie = Revue technique suisse des mensurations, du génie rural et de la photogrammétrie

Herausgeber: Schweizerischer Verein für Vermessungswesen und Kulturtechnik = Société suisse de la mensuration et du génie rural

Band: 58 (1960)

Heft: 8

Artikel: Die Waldzusammenlegung in der Schweiz : Bericht zuhanden der Tagung der Arbeitsgruppe für Flurbereinigung und Agrarstruktur der FAO, April 1959 in Rom

Autor: Tanner, E.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-216108>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Waldzusammenlegung in der Schweiz

*Bericht zuhanden der Tagung der Arbeitsgruppe für
Flurbereinigung und Agrarstruktur der FAO, April 1959 in Rom*

A. Waldzusammenlegung und Grundbuchvermessung

In der Schweiz folgt jeder Güterzusammenlegung normalerweise die eidgenössische Grundbuchvermessung. Diese hat sich jedoch, der Anlage des eidgenössischen Grundbuchs wegen, auf das gesamte Gebiet der Gemeinde zu erstrecken. Demgemäß sind auch die Waldungen zu vermessen. Wo es sich um bereits arrondierte Gebiete handelt, wird dies ohne weiteres geschehen können. Anders liegt die Sache jedoch bei dem oft stark parzellierten Privatwald. Hier ist nach den Bestimmungen des auf 1. Januar 1946 in Kraft getretenen revidierten eidgenössischen Forstgesetzes vorerst die Zusammenlegung auszuführen. Die grundlegenden Artikel lauten:

Bundesgesetz

über die

Abänderung der Artikel 26 und 42 des Bundesgesetzes vom 11. Oktober 1902 betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei (vom 22. Juni 1945).

Artikel 1

Artikel 26 des Bundesgesetzes vom 11. Oktober 1902 betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei wird aufgehoben und durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Artikel 26. Vor Beginn der Grundbuchvermessung ist stets die *Parzellarzusammenlegung von Privatwaldungen* vorzunehmen, sofern diese zusammenlegungsbedürftig sind, worüber die Kantonsregierung entscheidet.

Wenn eine gute Bewirtschaftung wegen übermäßiger Parzellierung nicht möglich ist, kann die kantonale Regierung die Zusammenlegung auch unabhängig von der Grundbuchvermessung verfügen.

Die Kantone ordnen das Verfahren. Sofern sie nicht besondere Vorschriften aufstellen, gelten die Bestimmungen über die landwirtschaftliche Güterzusammenlegung.

Wenn es sich für die Durchführung der Zusammenlegung als notwendig erweist, können auch öffentliche Waldungen in das Verfahren einbezogen werden.

Artikel 26bis. Die Zusammenlegung von Privatwaldungen zu gemeinsamer Bewirtschaftung und Benutzung ist zu fördern.

Die näheren Vorschriften erlassen die Kantone.

Der Bund übernimmt alle Kosten der Zusammenlegung, der Kanton die Leitung der Bewirtschaftung durch sein Forstpersonal.

Artikel 26ter. Ohne Genehmigung der Kantonsregierung dürfen Waldzusammenlegungen nicht rückgängig gemacht und zusammengelegte Parzellen nicht aufgeteilt werden.

In den Projekten für Zusammenlegungen ist die zweckmäßige Erschließung durch Transportanlagen vorzusehen.

Artikel 2

Der Bund leistet Beiträge:

An die Parzellarzusammenlegung von Privatwaldungen (Artikel 26) bis zu 50%, unter der Bedingung, daß der Kanton ebenfalls einen Beitrag verabfolgt.

Mit diesen neuen bündesrechtlichen Bestimmungen ist nun auch die Waldzusammenlegung dem gesetzlichen Verfahren unterstellt. Von besonderer Bedeutung ist hiebei, daß an die Werke die gleichen öffentlichen Beiträge geleistet werden wie im offenen Gebiet.

B. Ausdehnung und Verteilung des Privatwaldes

Nach den Angaben von Prof. Dr. H. Grossmann liegen vom gesamten rund 10000 km² umfassenden Schweizer Wald 28%, das heißt 279000 ha, in privater Hand. Der Anteil des Privatwaldes in den einzelnen Kantonen ist jedoch recht ungleich. Er beträgt von der gesamten Waldfläche in

Genf	93 %	Zürich	51 %
Appenzell A.-Rh.	75 %	Neuenburg	44 %
Luzern	74 %	Bern	40 %
Thurgau	62 %	St. Gallen	39 %
Appenzell I.-Rh.	56 %	Freiburg	38 %
Basel-Stadt	53 %	übrige Kantone unter Landesmittel.	

Selbst innerhalb der einzelnen Kantone bestehen große Unterschiede. So weisen das Emmental und das obere Tößtal über 80% auf, also ganz wesentlich über dem jeweiligen Kantonsmittel.

C. Parzellierung und Bewirtschaftung

Die Zerstückelung des Privatwaldes ist, wie beim offenen Feld, größtenteils auf die uneingeschränkte Realteilung zurückzuführen. Zum Teil sind diese kleinen Waldparzellen auch durch Aufforstung von steilem Kulturland am Hangfuß von Bergen (Lägern, Randen) oder abgelegenem Kulturland auf Hochplateaus (Basler und Aargauer Tafeljura) entstanden. Die Parzellierung geht oft so weit, daß ganze Gebiete nur noch aus einer Menge eng aneinander gereihter Waldstreifen bestehen.

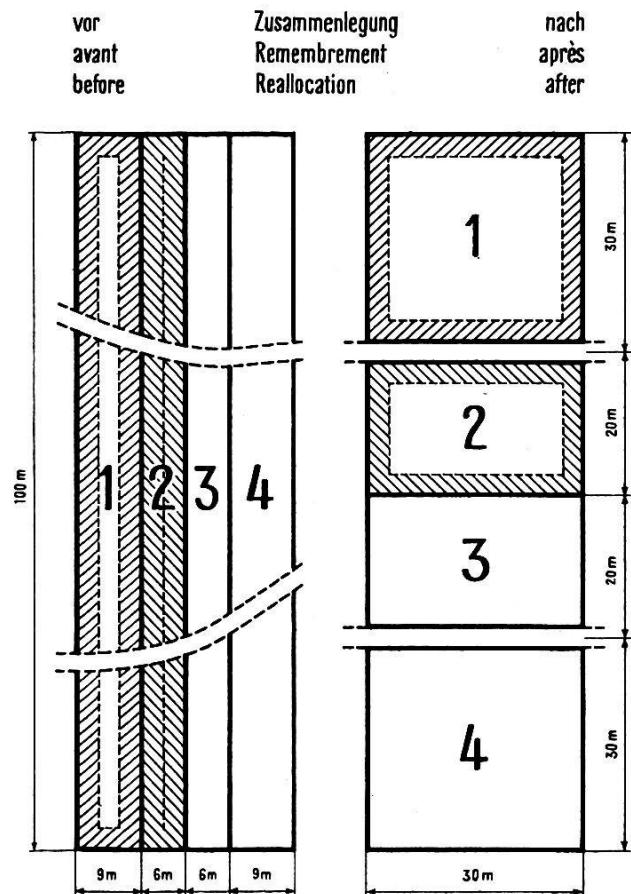
Die starke Parzellierung verursacht natürlicherweise nachbarliche Einwirkungen, die in gewissen Fällen zur eigentlichen Produktionslosigkeit einzelner Grundstücke führen können, Zutritt von Wind, Bloßlegung der Ränder gegen Sonne mit Austrocknung des Bodens, und Sonnenbrand an den Stämmen, Beschattung der Bestände, einseitiges Wachstum, Fällschäden usw. entstehen und machen den Waldbesitzer fortwährend vom Nachbarn abhängig. Auch der Rehverbiß ist bei zerstückeltem Besitz schwieriger zu verhindern als beim arrondierten. Alle diese Nachteile kommen in der nachfolgenden schematischen Darstellung am deutlichsten zum Ausdruck.

Die Darstellung zeigt, daß nicht nur die Parzellierung allein, sondern ebenso sehr auch die Form der Grundstücke die Bewirtschaftung wesentlich beeinflußt. Je mehr sich ein Grundstück der quadratischen Form nähert, desto kleiner ist der Ertragsausfall in den Randzonen. Aber auch

Grundstückform und nachbarliche Einwirkung beim Wald

Forme des parcelles boisées et influence de la forêt adjacente

Parcelform and neighborly influence on forests

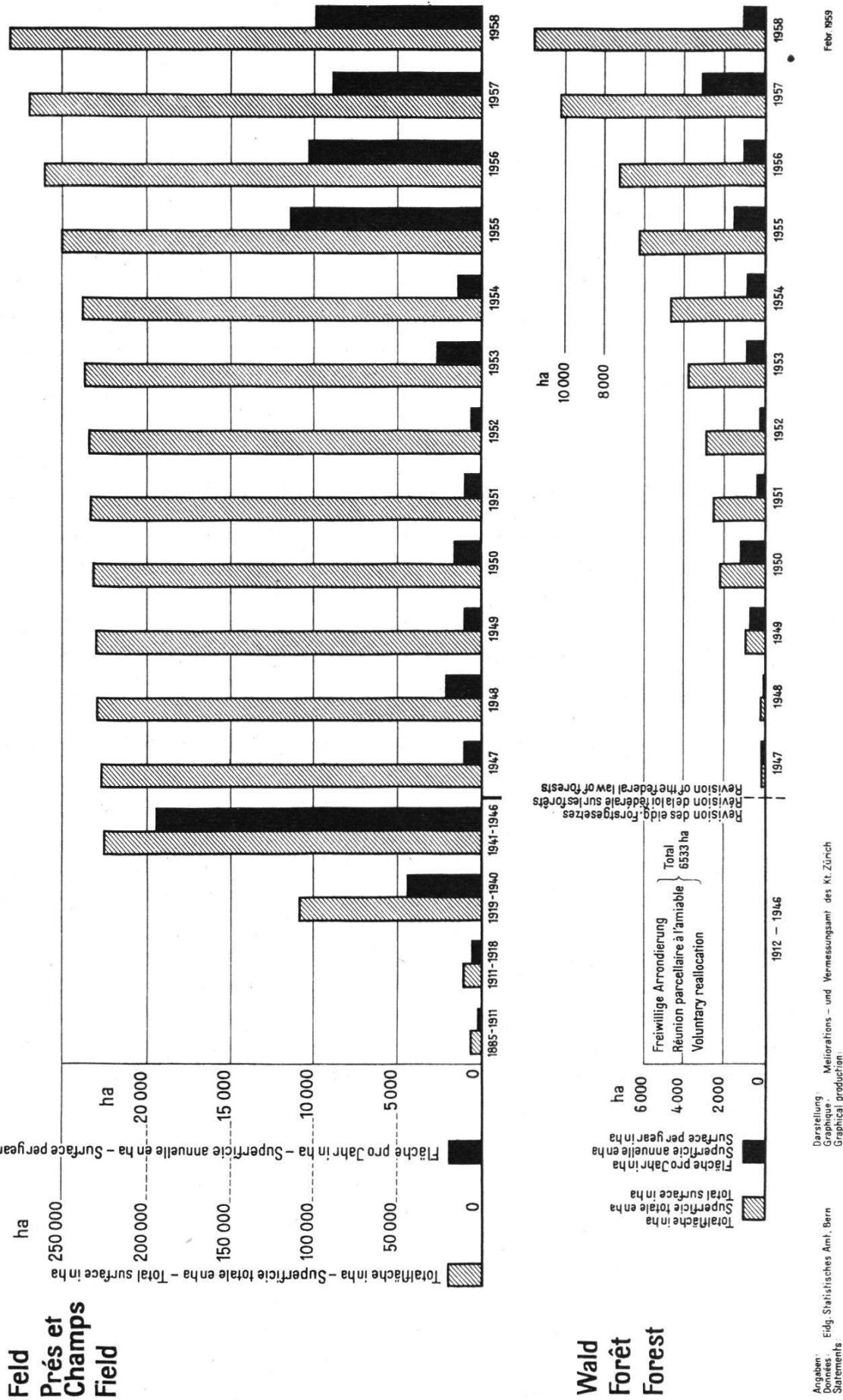


Zustand Etat Condition	Parz.Nr. Parc.No. Parc.Nr.	Seitenlänge Longeur d. côtees Longness of sides m^1	Fläche Superficie Surface m^2	Umfang Perimètre Surround m^1	Nachbarl. Einwirkungsbreite Largeur d'influence Neighborly influence m^1	Nutzbare Fläche Zone utilisable Utility surface m^2	%
vor-avant-before	1 und 4	100×9	900	218	3.0	$3 \times 94 = 282$	31
nach-après-after	1 und 4	30×30	900	120	3.0	$24 \times 24 = 576$	64
vor-avant-before	2 und 3	100×6	600	212	3.0	0	0
nach-après-after	2 und 3	30×20	600	100	3.0	$24 \times 14 = 336$	56

oz 3.59
Oberförstamt des Kt. Zürich

Aug. 1957

Vom Bund subventionierte Grundstücks (Parzellar)-Zusammenlegungen Remembrements parcellaires subventionnés par la Confédération Consolidation of fragmented holdings supported by the Confederation



die Wirtschaftsform ist wichtig, indem im Plenterwald die Nachteile der Parzellierung eine kleinere Rolle spielen als bei schlagweisem Hochwaldbetrieb.

D. Verbesserungsmöglichkeiten

a) Der private Landabtausch

Zur Schaffung größerer und wohlgeformter Parzellen werden unter den Waldbesitzern oft Grundstücke abgetauscht. Zuweilen geschieht diese private Arrondierung auch auf dem Wege des Zukaufes von Nachbargrundstücken. Abgesehen davon, daß in letzterem Falle durchwegs zu hohe Preise bezahlt werden müssen, ist allgemein festzustellen, daß beim privaten Landabtausch die so wichtige Maßnahme der Verbesserung des Wegnetzes bedauerlicherweise unterbleibt.

b) Die genossenschaftliche Zusammenlegung

1. Unter Aufhebung der privaten Grundstücke

Jeder Grundeigentümer wirft sein Waldstück ein. Die gesamte Waldfläche wird gemeinsam bewirtschaftet, und jeder Beteiligte erhält an Stelle seines Grundstückes einen Anteil am Ganzen (Miteigentum). So erstrebenswert diese korporative Bewirtschaftung auch vom forstlichen Standpunkt aus ist, so wenig Verständnis hat sie bis anhin bei den Waldbesitzern gefunden. Das freie Verfügungsrecht über den eigenen Boden ist auch bei den Waldbesitzern derart verankert, daß es nur in seltenen Fällen gegen ein Miteigentums- oder Anteilrecht preisgegeben wird.

2. Unter Wahrung der privaten Grundstücke

Diese Art der Waldzusammenlegung entspricht im Prinzip der bisher üblichen Zusammenlegung des offenen Landes. Jeder Waldbesitzer erhält, dem Wert seiner eingeworfenen Parzellen entsprechend, im neuen Bestand ein arrondiertes, möglichst wohlgeformtes Grundstück als Eigentum zugewiesen, über das er verfügen kann. Das ganze zu verbessernde Gebiet wird durch Anlegung eines entsprechenden Wegnetzes zweckmäßig erschlossen. Abgesehen von den üblichen Widerständen, denen man bekanntlich bei allen Zusammenlegungen begegnet, zeigen die Waldbesitzer diesem Arrondierungsverfahren gegenüber im allgemeinen eine bemerkenswerte Aufgeschlossenheit.

E. Entwicklung der Waldzusammenlegung

a) Vor der Revision des eidgenössischen Forstgesetzes (bis 1945)

Die meisten der bis 1945 durchgeföhrten Waldzusammenlegungen erfolgten im Rahmen der Grundbuchvermessung, und zwar auf freiwilligen Wege; das heißt, die Neuzuteilung wurde nur mit Zustimmung der Grundeigentümer vorgenommen. Insgesamt wurden in dieser Periode 92 Waldzusammenlegungen mit einer Bereinigungsfläche von 6533 ha

Arbeitsteilung bei Gesamtmeßlorationen	Inangriffnahme des Vorprojektes	Beschlußfassung	Antritt des neuen Bestandes	Genehmigung der Abrechnung durch den Bund	Auflage des Grundbuchnachweises Gründung der Flurgenossenschaft
	Vorbereitung	Durchführung			Abschluß (Regelung des Unterhaltes)
		Phase I	Phase II	Phase III	
Ausführende Organe: Meßlorationsgenossenschaft mit be- stimmtem Ingenieur- und Vermes- sungsbüro	1. Allgemeine Aufklärung der Grundeigentümer durch: a) Schriften und Pläne, b) Veranstaltung von Exkursionen in zusammengelegte Gebiete. 2. Verifikation eventueller vermessungs-technischer Arbeiten. 3. Abklärung der wasserbaulichen Maßnahmen mit den Organen der Direktionen der öffentlichen Bauten und der Finanzen (Fischerei). 4. Prüfung und Bereinigung der Forderungen der Orts-, Regional- und Landesplanung.	1. Leitung und Überwachung (Verifikation) der vermessungstechnischen Arbeiten des alten Bestandes: a) der Aufnahme, b) der Flächen- und Wertberechnung. 2. Leitung und Überwachung der Projektierung der wasserbaulichen Maßnahmen. 3. Vorbereitung der gesetzlichen Auflage der Entwässerungs- beziehungsweise Bewässerungsprojekte. 4. Mitwirkung bei der Erledigung der Einsprachen. 5. Überwachung der baulichen Ausführung der Ent- und Bewässerungen. 6. Leitung und Überwachung (Verifikation) der vermessungstechnischen Arbeiten des neuen Bestandes (Flächen- und Wertberechnung) 7. Vorbereitung der Besiedelung der Randgebiete. 8. Bereinigung der Siedlungsprojekte mit der kantonalen Siedlungskommission und dem Bundesexperten. 9. Antragstellung für die Genehmigung und Subventionierung der Siedlungen.	1. Überwachung des Siedelungsbauens. 2. Überprüfung der Bauabrechnungen für die Siedlungen. 3. Überwachung der Verpflockung und Vermarkung des neuen Bestandes. 4. Überwachung der Projektierung und Ausführung der restlichen Entwässerungen. 5. Anleitung des Rechnungsführers der Genossenschaft für die Aufstellung der Schlußabrechnung.	1. Einholung der Zustimmung des Obergerichtes und Antragstellung an den Regierungsrat für die Anordnung der Grundbuchvermessung. 2. Aufstellung des Werkvertrages (Taxation) für die Grundbuchvermessung. 3. Leitung und Überwachung der Grundbuchvermessung (Verifikation). 4. Überprüfung des Grundbuchnachweises (definitiver Geldausgleich). 5. Vorbereitung und Überwachung der Auflage a) des Grundbuchnachweises, b) der Grundbuchvermessung 6. Mitwirkung bei der Einsprachenerledigung. 7. Erwirkung der Anerkennung des Vermessungswerkes durch das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement. 8. Antragstellung für die Rechtskräftigerklärung des Vermessungswerkes durch den Regierungsrat. 9. Aufstellung des Werkvertrages für die gesetzliche Nachführung. 10. Überprüfung sämtlicher Teil- und Schlußzahlungen an den Unternehmer (für Grundbuchvermessung).	1. Überprüfung der Schlußzahlung an den Unternehmer.
Meliorations- und Ver- messungsamt und Oberforstamt	1. Leitung und Überwachung: a) Arbeiten des Vorprojektes, b) Aufstellung der generellen Vorschläge 2. Erstellung des Finanzierungsplanes und des allgemeinen Berichtes. 3. Aufklärung der Grundeigentümer über das Projekt. 4. Antragstellung für die Genehmigung und Subventionierung des Projektes. 5. Bereitstellung der Planunterlagen. 6. Aufstellung des Werkvertrages. 7. Prüfung der Teil- und Schlußzahlungen an den Unternehmer. 8. Vorbereitung der öffentlichen Auflage und der Abstimmung (Statuten, Wahlvorschläge). 9. Überwachung der beschlußfassenden Versammlung.	1. Bereinigung des generellen Wegnetzprojektes zu Handen der Auflage. 2. Vorbereitung der Wegnetzaufgabe. Mitwirkung bei der Einsprachenerledigung. 3. Leitung und Überwachung der Detailprojektierung (Bauprojekte) und des Wegebaues. 4. Überwachung der Neuzuteilung. Mitwirkung bei der Einsprachenerledigung. 5. Überwachung des Geldausgleiches für Mehr- und Minderwerte. 6. Aufstellung des Werkvertrages (Taxation der technischen Arbeiten). 7. Vorbereitung der Auflage des alten Bestandes, Einsprachenerledigung. 8. Vorbereitung der Auflage des Neuzuteilungsentwurfes. 9. Überwachung der Absteckung des neuen Bestandes. Regelung des Besitzüberganges. 10. Prüfung der Teil- und Schlußzahlungen an den Unternehmer.	1. Leitung und Überwachung der Detailprojektierung (Bauprojekte) und des Wegebaues. 2. Überwachung der definitiven Neuzuteilung (provisorischer Geldausgleich). 3. Prüfung der Teil- und Schlußzahlungen an den Unternehmer. 4. Anleitung des ausführenden Ingenieurs für die Aufstellung der Schlußabrechnung. 5. Prüfung der Schlußabrechnung und Antragstellung für die Genehmigung an den Regierungsrat und Erwirkung der Restzahlung des Bundes.	1. Leitung der Vorarbeiten für den Kostenverleger (Klassifikation). 2. Vorbereitung und Überwachung der Auflage des Kostenverlegers. 3. Mitarbeit bei der Einsprachenerledigung.	1. Klassifikation des Grundeigentums für die Beitragspflicht am Unterhalt (Flurordnung). 2. Vorbereiten für die Liquidation beziehungsweise Fusion bestehender Meliorationsgenossenschaften und Privatwaldverbände mit der neu zu gründenden Flurgenossenschaft. 3. Leitung und Überwachung der Arbeiten für die neue Flurordnung (Plan und Statuten). 4. Aufklärung der Grundeigentümer. 5. Veranlassung der Gründung der Flurgenossenschaft. 6. Antragstellung für die Statutengenehmigung durch den Regierungsrat.
Oberforstamt		1. Regelung der Schlagbeschränkung. 2. Ermittlung der Waldwerte und Mitwirkung beim Ankauf von Massenwald. 3. Detailabsteckung des Wegnetzes (Lokalisierung von Achse und Lagerplätzen nach forstlichen Gesichtspunkten). 4. Anzeichnen der Wegaushiebe, Anordnung der Holzerei, Holzverkauf. 5. Bodenbonitäzung, Orientierung über Bonitierungsgrundsätze, Mitwirkung im Gelände. 6. Ermittlung der Bestandswerte: Anordnung und Überwachung der Klippierungen, Höhenmessung und Tarifierung, Preisschema, Bewertung der Jungwüchse und Spezialbäume, Festsetzung der Abzüge für Holzerei und Qualität, Mitwirkung beim Erstellen des Wertregisters. 7. Auskunftserteilung bei der Auflage der Waldwerte. 8. Erledigung der Einsprachen gegen Bestandswerte. 9. Mitwirkung bei der Neuzuteilung (Nachbewertungen der Bestände, Grenzziehung).	1. Anordnung der Aushiebe für den Wegebau.		Januar 1958 Ta/Scho

durchgeführt. Daß es bei diesem Vorgehen außerordentlicher Geduld und Überzeugungskraft bedarf, auch nur eine halbwegs gute Lösung zu erreichen, ist bei den Schwierigkeiten des Waldabtausches verständlich. Die durchgeführten Unternehmen zeigen denn auch, daß verschiedene Grundeigentümer innerhalb desselben Waldgebietes noch mehrere Parzellen besitzen, daß das Wegnetz in seinem unbefriedigenden Zustand belassen wurde und daß deshalb die Zielsetzung der Zusammenlegung nicht voll erreicht ist.

b) Nach der Revision des eidgenössischen Forstgesetzes (ab 1946)

Mit der auf 1. Januar 1946 in Kraft getretenen Erweiterung des eidgenössischen Forstgesetzes wurde die Rechtsgrundlage geschaffen, auch die Waldzusammenlegungen unter gesetzlichen Zwang zu stellen und den heutigen Anforderungen entsprechend durchzuführen. Vor allem wird seither der Wald in der Regel mit dem offenen Land in ein und demselben Zusammenlegungsverfahren behandelt. Gerade die frühere zeitliche Trennung brachte es mit sich, daß besonders in den Kontaktzonen zwischen offenem Gebiet und Wald fehlerhafte Zuteilungen entstanden und daß allgemein der erforderliche Zusammenlegungsgrad nicht erreicht wurde. Dazu kommt, daß die für eine zweckmäßige Aufteilung notwendigen Wege wegen mangelnder Finanzierung nicht erstellt werden konnten. Das neue Bundesgesetz brachte eine namhafte Unterstützung auch der Transportanlagen, und damit wurde der Weg geöffnet, die Zusammenlegung des Privatwaldes in engster Zusammenarbeit mit den Organen des Forstdienstes nach neuzeitlichen Grundsätzen, wenn immer möglich gleichzeitig mit der Zusammenlegung des übrigen Landes, durchzuführen.

Nach den Angaben von Forstinspektor Kuster (Eidgenössisches Oberforstinspektorat) sind im Zeitraum von 1946 bis 1958 insgesamt 79 Projekte für Waldzusammenlegungen von den Bundesbehörden genehmigt worden. Weitere 45 Projekte sind angemeldet. Die Entwicklung kommt im beigegebenen Graphikon am deutlichsten zum Ausdruck.

F. Durchführung

a) Verfahren

Das Verfahren für die Zusammenlegung des Waldes richtet sich unter Vorbehalt der Bestimmungen im revidierten eidgenössischen Forstgesetz nach den für die Zusammenlegung des offenen Gebietes geltenden Rechtsgrundlagen des Bundes und der Kantone. Auch in Fällen, wo es sich um eine ausschließliche Waldzusammenlegung handelt, gelten diese Gesetze.

Zum Landabtausch selbst ist zu erwähnen, daß er im allgemeinen wie beim offenen Gebiet nach dem Bodenwert erfolgt. Nur bei besonders großen, nicht zumutbaren Wertunterschieden wird auch der Bestandewert wenigstens zum Teil berücksichtigt.

In Gemeinden, wo in den Randzonen des Wirtschaftsgebietes Hof-siedelungen entstehen, wird darnach getrachtet, den privaten Wald-besitz dem Siedlungsareal zuzuteilen, um auf diese Weise geschlossene Wirtschaftseinheiten zu erhalten.

b) Staatliche Aufsicht

Nach dem bestehenden Recht ist das Verfahren grundsätzlich Sache der Kantone. Der Bund übt lediglich die Oberaufsicht aus.

Die Aufsicht und Leitung der Waldzusammenlegungen ist eine Ge-meinschaftsaufgabe der zuständigen kantonalen Dienststellen, die in der beigegebenen Darstellung am Beispiel einer Gesamtmeilioration deutlich zum Ausdruck kommt. Meliorationsamt, Vermessungsamt und Ober-forstamt haben hier eng zusammenzuarbeiten, wobei eine klare Aus-scheidung der jeweiligen Befugnisse zu erfolgen hat. Bei reinen Wald-zusammenlegungen tritt die Arbeit der forstlichen Dienststelle in den Vordergrund. Voraussetzung für das Gelingen einer Waldzusam-menlegung ist der über alle Enttäuschungen hinweg sich immer wieder er-neuernde Wille zur Zusammenarbeit der zuständigen Organe.

c) Ausführender Ingenieur

Die Organisation für die Ausführung der technischen Arbeiten der Waldzusammenlegung beruht in der Schweiz – gleich wie im offenen Gebiet – auf privatwirtschaftlicher Grundlage. Als rechtliche Träger des Unternehmens haben die Meliorationsgenossenschaften (öffentliche-rechtliche Körperschaften) für die Ausführung der Arbeiten einen privat-erwerbenden Ingenieur zu bestellen. In enger Fühlungnahme mit den kantonalen Aufsichtsorganen hat dieser die umfangreichen technischen und administrativen Aufgaben zu lösen.

G. Kosten und Wirtschaftlichkeit

Bei den früheren Unternehmen konnte noch mit 1500 bis 2000 Fr./ha gerechnet werden. Infolge der Teuerung ist heute je nach Terrainneigung und dem erforderlichen Ausbau des Wegnetzes mit Bruttokosten von 2000 bis 3000 Fr./ha zu rechnen. Der Bund leistet einen Beitrag von 30 % oder mehr, und die kantonalen Beiträge sind ebenso hoch oder höher. Für die Waldbesitzer verbleiben Restkosten von 600 bis 1200 Fr./ha. Diese Belastung ist tragbar, beträgt sie doch nur 2 bis 4 Fr. pro Festmeter Holzvorrat, also nur wenige Prozent des gesamten Waldwertes. Der durch die wegebautechnische Erschließung des Waldes erhöhte Holzerlös und die allgemeine Steigerung des Waldwertzuwachses sind jedenfalls wesent-lich höher als die erwähnte Belastung.

E. Tanner